

Protokoll des Einwohnerrates Wohlen

6. Sitzung vom 16. Oktober 2006 • von 18.00 bis 20.50 Uhr • Chappelhofsaal Wohlen

Vorsitz: Arthur Fischer, Präsident

Protokollführung: Betschart Daniela, Gemeindeschreiber-Stv.

Präsenz: **Einwohnerrat**
39 Mitglieder des Einwohnerrates
Absolutes Mehr: 20
Zweidrittelsmehr: 26

Gemeinderat

Walter Dubler, Gemeindeammann
Harold Külling, Vizeammann
Doris Becker, Gemeinderätin
Paul Huwiler, Gemeinderat
René Meier, Gemeinderat
Christian Müller, Gemeinderat
Toni Schürmann, Gemeinderat

Weitere Anwesende

Peter Hartmann, Gemeindeschreiber
Werner Mäder, Bauverwalter
Gregor Kaufmann, Finanzverwalter
Werner Lüpold, Betriebsbeamter
Peter Joller, Chef Soziale Dienste
Peter Christen, Polizeichef
Thomas Laube, Chef Steueramt
Ernesto Hitz, Schulsekretär
Beat Herzog, Kdt. Reg. Zivilschutzorganisation
Franco Corsiglia, Präsident der Schulpflege
René Bossert, Bereichsleiter EDV

Entschuldigungen

Angelika Baur-Englisch

Traktandenliste

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Inpflichtnahme von Franz Brunner, CVP, und Alain Thiébaud, FDP
3. Ersatzwahlen für den Rest der Amtsperiode 2006/2009
 - a) Vizepräsident des Einwohnerrates
 - b) Mitglied der Finanzkommission
 - c) Präsident der Finanzkommission
 - d) Mitglied der Einbürgerungskommission
4. Finanzplan 2006 – 2010 (**wurde von Präsident Arthur Fischer am 03.10.2006 von der Traktandenliste abgesetzt**)
5. Voranschlag 2007

Arthur Fischer, Präsident: Begrüssst die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Wie immer darf ich auch die Freiamter Zeitung und den Wohler Anzeiger begrüssen. Angemeldet hat sich auch das TeleM1. Die Rechtslage ist nicht ganz klar, offiziell haben wir die Fernseh-anstalt daher an den Rechtsdienst verwiesen und wieder ausgeladen. Ich weiss nun nicht, ob sie trotzdem kommen werden. Falls dies der Fall sein sollte und jemand von Ihnen gegen das Filmen ist, bitte ich Sie, dies dem Einwohnerratsbüro zu melden.

35 0.011.5 Einwohnerrat; Eingänge und Mitteilungen
Eingänge und Mitteilungen

Arthur Fischer, Präsident: Folgende Eingänge haben die Mitglieder des Einwohnerrates seit der letzten Sitzung zu verzeichnen:

- Bericht und Antrag 11016 Voranschlag 2007
- Bericht der Finanzkommission zum Voranschlag 2007
- Stellungnahme des Gemeinderates zum Bericht der Finanzkommission
- Nachträge zum Voranschlag 2007
- Bericht und Antrag 11017 Finanzplan 2006-2009
- Motion 11018 betr. Schwimmbadsanierung
- Jahresbericht der Wohler Schule 2005/2006
- Interpellation 11020 Konto „Ehrenaussgaben und Repräsentationskosten“ Nachtessen Gemeinderat
- Protokoll der Sitzung des Einwohnerrates vom 16. Juni 2006
- Schreiben des Gemeinderates betr. Auswirkungen der kantonalen Reformvorhaben
- Einladung zur Einwohnerratssitzung
- Schreiben betr. Rückzug Finanzplan

Beim letzten Versand an den Einwohnerrat haben 2 Mitglieder des Einwohnerrates die Unterlagen nicht erhalten. Warum dies der Fall war, wissen wir nicht. Wir entschuldigen uns dafür.

Verabschiedungen:

Matthias Jauslin (Rücktritt aus dem Einwohnerrat)

(Der Präsident liest das Rücktrittsschreiben vor)

Wir möchten dich nicht einfach so gehen lassen und ich möchte die heutige Gelegenheit nutzen, um dich zu verabschieden.

Seit 1998 bist du für die FDP Mitglied im Einwohnerrat. Bereits an der 1. Sitzung bist du als GPK-Präsident gewählt worden. Dieses anspruchsvolle Amt hast du mit Erfolg während 4 Jahren ausgeübt. Deine Führungserfahrung war dir dabei sehr dienlich. Du hast dich immer intensiv mit den anstehenden Geschäften auseinandergesetzt und warst immer bestens für die Sitzungen vorbereitet. Das Geschäftsreglement des Einwohnerrates hast du beinahe auswendig gekannt und hast dabei die Einwohnerratspräsidenten hin und wieder nervös gemacht.

Du hattest immer eine klare Meinung, mit welcher du mit bemerkenswerter Rhetorik versuchtest, im Rat Mehrheiten zu finden. Anfangs Jahr wurdest du zum Vizepräsident des Einwohnerrates gewählt. Auch in dieser Funktion hat das Büro auf deine grosse Erfahrung zählen können. Wir hätten gerne auch weiterhin auf deine Kraft zählt. Nun hast du dich jedoch entschieden, dich politisch weiterzuentwickeln und von der Legislative in die Exekutive zu wechseln. Den Sprung dahin hast du problemlos geschafft. Dazu gratulieren wir dir heute nochmals herzlich.

Wir hoffen, dass du die von dir im Einwohnerrat eingebrachten Ideen, welche hoffentlich zum Wohl der Gemeinde Wohl beitragen, im neuen Gremium umsetzen kannst. Für die spannende und herausfordernde Aufgabe wünschen wir dir viel Erfolg, Kraft und Befriedigung.

Als kleine Anerkennung für die in den letzten Jahren geleistete Arbeit überreiche ich dir eine gute Flasche Wein.

Matthias Jauslin: Ich freue mich schon jetzt, dass ich ab 01.01.2007 am Tisch des Gemeinderates sitzen darf. Ich freue mich, bei dem Klima, welches heute hier herrscht, beizutragen, eine konstruktive Politik zu betreiben.

In diesem Sinne bedanke ich mich für diese Flasche Wein. Ich werde Arthur Fischer jedoch Fr. 50.00 geben, damit dann nicht plötzlich ein Inserat aufgegeben wird, dass ich eine Flasche Wein bekommen habe, diese jedoch nicht bezahlt habe.

Arthur Fischer, Präsident: Der Nachfolger bzw. die Nachfolgerin wird anschliessend gewählt. Wir kommen zu einer Weiteren Verabschiedung.

Bertha Hübscher – Rücktritt aus der Einbürgerungskommission

(Der Präsident liest das Rücktrittsschreiben vor)

Du bist seit dem 01.01.2002 Mitglied der Einbürgerungskommission. Du hast dieses Amt mit grossem Engagement und hoher Sozialkompetenz, viel Feingefühl gegenüber Menschen aus anderen Ländern, Religionen und Kulturen ausgeführt. Dafür danke ich dir im Namen des Einwohnerrates.

Wir lassen dich nicht gerne gehen. Du übernimmst mit dem Präsidium der reformierten Kirchenpflege jedoch ein anderes anspruchsvolles und arbeitsintensives Amt. Daher können wir

deinen Entscheid nachvollziehen. Du wirst uns als geschätzte Einwohnerratskollegin weiterhin zur Verfügung stellen. Auch dir wünschen wir weiterhin viel Erfolg und Befriedigung in deinem neuen Amt als Präsidentin der reformierten Kirchenpflege.

Thomas Unteregger

Thomas Unteregger hat per sofort von der Fraktion SVP zu Freis Wohle gewechselt. Sie haben die Begründung bereits direkt via email von ihm erhalten.

36

0.011.6

Einwohnerrat; Inpflichtnahmen

Inpflichtnahmen Franz Brunner, CVP, und Alain Thiébaud, FDP

Arthur Fischer, Präsident: Liest das Amtsgelübte vor und nimmt Franz Brunner und Alain Thiébaud in Pflicht.

Fraktionserklärungen / Persönliche Erklärungen

Bruno Bertschi, SVP Wohlen-Anglikon: Ich lese Ihnen eine Fraktionserklärung der SVP Wohlen-Anglikon und Dorfteil Anglikon vor.

Der Einwohnerrat hat am 12. Juni 2006 dem Bericht und Antrag des Gemeinderates zur Schaffung einer zusätzlichen Arbeitsstelle im Sozialamt mehrheitlich zugestimmt. Unsere Fraktion war in weiser Voraussicht mehrheitlich dagegen. Es stellte sich bald darauf heraus, dass der Einwohnerrat bei der Behandlung dieses Geschäftes einmal mehr vom Gemeinderat hinters Licht geführt wurde oder sagen wir es etwas diplomatischer: Vom Gemeinderat nicht die ganze Wahrheit erfahren hat. Der jetzige Chef des Sozialamtes hat vor dem 12. Juni den Wunsch geäußert, kürzer zu treten und seine Verantwortung abzugeben, selbstredend verbunden mit einer finanziellen Rückstufung. Wir hätten gerne seine Gründe für die freiwillige Rückstufung erfahren, konnten ihn leider jedoch nicht dazu bewegen. Mindestens einen Punkt wissen wir jedoch in der Zwischenzeit. An der Einwohnerratssitzung wurde uns vorgerechnet, wie viele Fälle ein Angestellter des Sozialamtes höchstens betreuen kann, wenn diese Arbeit richtig gemacht werden soll. Es wurde uns vorgerechnet, dass die oberste Limite nun erreicht sei – und der Einwohnerrat glaubte das Märchen. In Tat und Wahrheit übernimmt der abtretende Chef nicht eine Anzahl von Fällen, sondern widmet sich inskünftig Spezialaufgaben.

Es ist uns bekannt, dass Gemeindeammann Walter Dubler und Vizeammann Harold Külling am 12. Juni, also an der erwähnten Einwohnerratssitzung, vollumfänglich Kenntnis vom Wunsch des Sozialamtsvorstehers hatten. Sie verschwiegen uns diesen Tatbestand. Nicht einmal die übrigen 5 Gemeinderatsmitglieder wussten am 12. Juni davon. Wenn Sie glauben, wir seien über die Art erstaunt, wie einzelne Gemeinderatsmitglieder mit uns umgehen und auch innerhalb des Kollegiums informieren, dann täuschen Sie sich. Der Einwohnerrat hat aber Anrecht darauf, alle für die Beurteilung eines Geschäftes relevanten Fakten zu kennen. Einmal mehr hat uns die Exekutive über den Tisch gezogen. Ein Steinchen mehr im Mosaik, aus dem sich langsam aber sicher der Untergang der Titanic erkennen lässt.

Roger Waeber, CVP-CSP: Die Fraktion CVP, CSP und junge CVP nimmt zum ganzseitigen Inserat der SVP vom vergangenen Freitag wie folgt Stellung:

Über den Inhalt der publizierten Rechnung kann sich jeder Stimmbürger und jede Stimmbürgerin seine eigene Meinung bilden. Im Rahmen der Rechnungsabnahme liegt die ganze Gemeinderrechnung öffentlich auf. Zu diesem Zeitpunkt kann jede Rechnung diskutiert und publik gemacht werden. Allerdings wurde damals weder von der Finanzkommission, der SVP_Fraktion oder anderen Ratsmitgliedern Kritik laut.

Also kann davon ausgegangen werden, dass diese Rechnung damals photokopiert und auf die Seite gelegt wurde, um zu einem besser passenden Zeitpunkt eine bewusste Provokation anzuzetteln. Diese Art Politik ist unehrlich und vergiftet das politische Klima unnötig.

Es ist auch scheinheilig, wenn die SVP Spitze behauptet, dass die Finanzen der Gemeinde Wohlen saniert werden müssen, weil der Gemeinderat in der Vergangenheit keine Massnahmen vorgeschlagen habe. Wir alle erinnern uns noch gut an die geplante Einführung der Grüngutgebühren, gekoppelt mit einer Steuererhöhung vor drei Jahren.

Wir appellieren an die Exponenten der SVP, künftig solche Provokationen zu unterlassen und auch einmal an den Imageschaden zu denken, den solche Negativpublicity für unser Dorf anrichtet. Die Fraktion CVP-CSP und junge CVP hält von solchem „Standortmarketing“ à la SVP gar nichts.

Harold Külling, Vizeammann: In der letzten Woche wurde in einem ganzseitigen Inserat in der Aargauer Zeitung und auf verschiedenen Plakatwänden die Rechnung des Gemeinderates für das Weihnachtsessen 2005 publiziert. Dazu möchte der Gemeinderat zuhänden des Einwohnerrats und der Öffentlichkeit folgendes festhalten:

1.

Im Rahmen der jeweiligen Rechnungsablage liegen sämtliche Belege über die Ausgaben des vergangenen Jahres zur Einsicht für die Mitglieder der Finanzkommission (FIKO) und des Einwohnerrats auf, also auch die Rechnung für das Weihnachtsessen. Schon seit Jahrzehnten ist es üblich, dass der Gemeinderat jeweils auch mit Gattinnen ein Weihnachtsessen durchführt. Die entsprechenden Auslagen werden im Konto "Ehrenaussgaben" verbucht. Noch nie hat die FIKO diese Praxis bemängelt. Ebenso hat die FIKO noch nie die Angemessenheit dieser Ausgaben zur Sprache gebracht. Dies war auch bei der Rechnungsablage 2005 so. Die FIKO hat nach Prüfung aller Belege einen Bericht zuhänden des Einwohnerrats erstattet, mit welchem sie die Genehmigung der Rechnung beantragte. Auch in diesem Bericht war die Rechnung des Weihnachtsessens kein Thema. Der Einwohnerrat hat die Rechnung genehmigt und damit dem Gemeinderat Entlastung erteilt. Gegen den Einwohnerratsbeschluss wurde kein Referendum ergriffen. Mit der rechtskräftigen Genehmigung der Rechnung war aber auch die Rechnung des Weihnachtsessens als korrekt, angemessen und rechtens genehmigt.

2.

Trotzdem wurde diese Rechnung, obwohl der Prozess der Rechnungsablage längstens rechtskräftig erledigt war und obwohl wie gesagt, innerhalb dieses Prozesses jeder Einwohnerrat und jedes Mitglied der FIKO die Möglichkeit gehabt hätte, die Rechnung für das Weihnachtsessen zu thematisieren, veröffentlicht. Die Veröffentlichung dieses Beleges aus der Rechnung konnte, da ja die rechtskräftige Genehmigung der Rechnung bereits erfolgt war, gerade nicht für die Entscheidungsfindung über diese Rechnung gedacht sein. Damit stellt sich jedoch die Frage, wieweit Aktenstücke aus abgeschlossenen politischen Entscheidungsverfahren noch Verwendung finden dürfen und von wem unter welchen Umständen. Es besteht der begründete Verdacht, dass ein Mitglied der FIKO diese Rechnung herauskopiert hat, um sie nach eigenem Gutdünken bei ihm passend

erscheinender Gelegenheit veröffentlichen zu können. Der Gemeinderat hat daher heute dem Präsidenten der FIKO einen Brief geschrieben, in welchem er von der Fiko eine Klärung darüber verlangt, ob tatsächlich durch eines oder mehrere Mitglieder Kopien über Rechnungsbelege erstellt wurden, welche nicht nur der Rechnungsprüfung dienen.

3.

Der mediale Wirbel über die Veröffentlichung dieser Rechnung darf über einen wichtigen Gedanken nicht hinwegtäuschen: Der Gemeinderat wie jede andere Behörde ist für ihr Handeln gegenüber den Bürgern verantwortlich. Jedes Jahr findet daher die Rechnungsablage statt, bei welcher die darin involvierten Behörden, nämlich die vom Einwohnerrat gewählten Mitglieder der FIKO wie auch die vom Volk gewählten Einwohnerräte das Recht und die Pflicht haben, diese Rechnung zu prüfen und das zu bemängeln, was ihrer Auffassung nach nicht rechtens, nicht korrekt oder nicht angemessen ist. Diesem Recht und vor allem dieser Pflicht haben sie spätestens im Rahmen der öffentlichen Debatte im Einwohnerrat nachzukommen. Wenn es tatsächlich so ist, dass ein Mitglied der FIKO, das noch Mitglied Einwohnerrats ist, diese Rechnung kopierte, ohne das bei der Rechnungsdebatte vorzubringen, dann hat dieses Mitglied seine Pflichten als Volksvertreter in gravierender Weise verletzt. Es hat in undemokratischer Weise eine echte Diskussion mit den andern Ratsmitgliedern verunmöglicht. Der vorher geschilderte formale Ablauf über die Genehmigung der Rechnung dient nämlich einzig und allein der Aufrechterhaltung demokratischer Spielregeln. Diese sollen es allen Beteiligten, also sowohl dem Gemeinderat wie dem Einwohnerrat aber auch dem Bürger ermöglichen, ihre Sicht der Dinge vor der endgültigen Entscheidung vorzutragen. Dies verlangt nur schon das fundamentale Verfassungsprinzip des Anspruches auf rechtliches Gehör. Indem die Rechnung für das Weihnachtsessen bewusst längst nach abgeschlossener Genehmigung der Rechnung veröffentlicht wurde, diente die Veröffentlichung nicht der Rechnungsprüfung, sondern einzig politischer Stimmungsmache, um den Gemeinderat auf diesem Wege unter medialen Druck zu setzen und zu einem Handeln zu zwingen. Mit andern Worten: Der Gemeinderat sollte nicht aufgrund eines durch die Mehrheit von Einwohnerrat oder Volk gefällten Beschlusses handeln, sondern auf Druck einiger Personen, die es sich leisten können, ein ganzseitiges Inserat finanzieren. Der Gemeinderat wird alles daran setzen, dass die demokratische Ordnung eingehalten wird. Er hofft, dass alle im Einwohnerrat vertretenen demokratischen Parteien ihn dabei unterstützen und solche Machenschaften verurteilen, welche das Bild von Wohlen weit über die Kantongrenzen hinaus beschmutzen.

Jean-Pierre Gallati, SVP Wohlen-Anglikon: Ich gebe keine Fraktionsmeinung wieder, sondern möchte vom Recht einer persönlichen Meinung Gebrauch machen: 80 % des Volkes finden die Ausgabe für das Nachtessen masslos übertrieben. Im Einwohnerrat scheint klar zu sein, dass etwa 70 %, welche zur Classe politique gehören, unsere Kampagne als übertrieben erachten. Wir müssen nicht darüber richten. Ich bin der Auffassung, dass der Einwohnerrat die falsche Plattform dafür ist, denn es ist ein Missbrauch der Plattform, wenn der Gemeinderat in extenso Stellung bezieht und offenbar immer noch nicht erkannt hat, dass es eine masslose Ausgabe war. Schade, schade, auch unsere Aktion hat scheinbar nicht zur Einsicht geführt. Ich möchte aber an dieser Stelle speziell danken und gratulieren, dass Gemeinderat René Meier den Betrag offenbar am Freitag sofort der Gemeinde zurückbezahlt hat. Gratulation zu diesem Schritt. Chapeau für diese Aktion! Wir sind der Auffassung, dass dies der richtige Schritt und das richtige Zeichen war. Länger möchte ich nicht mehr darüber sprechen.

Regula Meier, FDP: Fraktionsmeinung der FDP: Wir möchten festhalten, dass die 2 Exponenten der FDP, die Aktion in keiner Art und Weise mit unserer Partei abgesprochen haben und uns als Fraktion nicht informiert haben. Wir distanzieren uns von der Art und Weise dieser Kampagne.

Arsène Perroud, SP: Fraktionsmeinung von SP und EL & Grüne zu diesem Thema:

Wenn wir es nicht besser wüssten, was sich da einige gestandene Damen und Herren des Einwohnerrates - die meisten notabene erfolgreiche Unternehmer - die letzten paar Tage erlaubt haben, würden wir es nicht glauben. Die total flippige „Schamlos-Diskussion“ will die Debatte nicht auf die Sachebene lenken, sie zielt nur darauf ab, dass die persönlichen Feindschaften auf Kosten der Gemeinde Wohlen ausgetragen werden können und dass man einander einmal so richtig fertig machen kann. Die Initianten geben sich ihrer Lächerlichkeit preis. Aber noch viel schlimmer, sie machen die Gemeinde Wohlen zur Lachnummer. Auf diese Art und Weise können wir unseren Standort sicher nicht attraktiver gestalten.

Im Namen der Fraktion SP und EL & Grüne begrüsse ich alle Personen auf der Tribüne im peinlichsten Dorftheater der Schweiz.

Doris Becker, Gemeinderätin: Ich möchte Ihnen heute zur HPS-Erweiterung einige Informationen geben: Im Juni haben wir in Zusammenarbeit mit Herrn Yashi Bhalla, dem neuen HPS-Leiter sowie in Anwesenheit des Schulpflegepräsidenten Franco Corsiglia das Raumprogramm erstellt. Dieses wurde anfangs Juli von je zwei Vertretern von Bund und Kanton vor Ort überprüft und teilweise korrigiert. Drei Tage später lag bereits die Genehmigung vor. Basierend auf diesem Raumprogramm hat der Gemeinderat eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben. Das Resultat liegt vor und zeigt auf, dass eine Erweiterung am jetzigen Standort möglich ist. Aus zeitlichen Gründen hat dann der Gemeinderat sofort einem externen Büro den Auftrag erteilt, im selektiven Verfahren ein Generalplanerteam zu ermitteln. Dafür musste vom Gemeinderat ein Kostendach von ca. Fr. 50'000.00 bewilligt werden.

In einem nächsten Schritt wird nun dem Einwohnerrat ein Bericht und Antrag für einen Rahmenkredit unterbreitet werden. Bis Ende September 07 muss ein Bauprojekt mit Kostenvorschlag vorliegen. Dafür braucht es einen Rahmenkredit. Die zügige Vorgehensweise ist unabdingbar. Nur so haben wir die Chance, die Anforderungen für die in Aussicht gestellten Subventionsbeiträge überhaupt zu erfüllen.

Vizepräsident/In des Einwohnerrates

Es werden folgende Kandidaten zur Wahl vorgeschlagen:

- Koni Gfeller, FDP
- Martina Stäger, SVP

Zahl der Anwesenden				39
Eingelegte Stimmzettel				39
abzüglich	ganz leere	0		
	ungültige	0		0
				—
In Betracht fallende Wahlzettel				39
Anzahl der zu Wählenden				1
In Betracht fallende Wahlzettel x Anzahl der zu Wählenden = total der möglichen Stimmen				39
Abzüglich vereinzelt leere Linien oder ungültige Stimmen				0
Gesamtzahl der gültigen Stimmen				39
Absolutes Mehr: Gesamtzahl der gültigen Stimmen geteilt durch die Anzahl der zu Wählenden: 2				0
Als Vizepräsident des Einwohnerrates ist gewählt:				
Koni Gfeller, FDP				29 Stimmen
Nicht gewählt ist				
Martina Stäger, SVP				10 Stimmen

Arthur Fischer, Präsident: Herzliche Gratulation zu deiner Wahl zum Vizepräsidenten des Einwohnerrates. Ich wünsche auch dir viel Erfolg und Befriedigung in der Ausübung dieses Amtes.

Koni Gfeller, FDP: Ich bedanke mich ganz herzlich für die Stimmen, welche ich von Ihnen bekommen habe und dass Sie mich zum Vizepräsidenten gewählt haben. Es ist mir eine Ehre. Ich hoffe, dass ich Ihre Erwartungen erfüllen kann und nehme die Wahl an.

Mitglied der Finanzkommission

Es wird folgender Kandidat zur Wahl vorgeschlagen:
Guido Benz, CVP-CSP

Zahl der Anwesenden				39
Eingelegte Stimmzettel				39
abzüglich	ganz leere	0		
	ungültige	0		0
				—
In Betracht fallende Wahlzettel				39
Anzahl der zu Wählenden				1
In Betracht fallende Wahlzettel x Anzahl der zu Wählenden = total der möglichen Stimmen				39
Abzüglich vereinzelt leere Linien oder ungültige Stimmen				0
Gesamtzahl der gültigen Stimmen				37
Absolutes Mehr: Gesamtzahl der gültigen Stimmen geteilt durch die Anzahl der zu Wählenden: 2				20

Als Mitglied der Finanzkommission ist gewählt:

Guido Benz, CVP-CSP

39 Stimmen

Arthur Fischer, Präsident: Guido Benz, ich gratuliere dir zur Wahl in die Finanzkommission und wünsche dir in der Ausführung deines Amtes viel Erfolg und Genugtuung.

Präsident der Finanzkommission

Es wird folgender Kandidat zur Wahl vorgeschlagen:

- Guido Benz, CVP-CSP

Als weiterer Kandidat wird Elmar Ludl, SP, durch die SVP vorgeschlagen. Dieser erklärt jedoch, dass er nicht zur Wahl steht.

Zahl der Anwesenden				39
Eingelegte Stimmzettel				39
abzüglich	ganz leere	0		
	ungültige	0		0
				—
In Betracht fallende Wahlzettel				39
Anzahl der zu Wählenden				1
In Betracht fallende Wahlzettel x Anzahl der zu Wählenden = total der möglichen Stimmen				39
Abzüglich vereinzelt leere Linien oder ungültige Stimmen				0
Gesamtzahl der gültigen Stimmen				39
Absolutes Mehr: Gesamtzahl der gültigen Stimmen geteilt durch die Anzahl der zu Wählenden: 2				20
Als Präsident der Finanzkommission ist gewählt:				
Guido Benz, CVP-CSP				29 Stimmen
Nicht gewählt ist:				
Elmar Ludl				10 Stimmen

Arthur Fischer, Präsident: Guido Benz, ich gratuliere dir zur Wahl als Präsident der Finanzkommission und wünsche dir in der Ausübung dieses anspruchsvollen Amtes viel Erfolg und Freude.

Mitglied der Einbürgerungskommission

Es werden folgende Kandidaten zur Wahl vorgeschlagen:

- Barbara von Däniken, EVP
- Monica Drigo de Rosa, parteilos

Zahl der Anwesenden				39
Eingelegte Stimmzettel				39
abzüglich	ganz leere	2		
	ungültige	0		2
				—
In Betracht fallende Wahlzettel				37
Anzahl der zu Wählenden				1
In Betracht fallende Wahlzettel x Anzahl der zu Wählenden = total der möglichen Stimmen				37
Abzüglich vereinzelt leere Linien oder ungültige Stimmen				0
Gesamtzahl der gültigen Stimmen				37
Absolutes Mehr: Gesamtzahl der gültigen Stimmen geteilt durch die Anzahl der zu Wählenden: 2				19
Als Mitglied der Einbürgerungskommission ist gewählt: Barbara von Däniken				26 Stimmen
Nicht gewählt ist: Monica Drigo de Rosa, parteilos				11 Stimmen

Arthur Fischer, Präsident: Ich gratuliere auch Frau von Däniken ganz herzlich und wünsche Ihnen viel Freude im neuen Amt.

Elmar Ludl, Vizepräsident der Finanzkommission: Zuerst möchte ich etwas zu dem Thema sagen, welches uns alle seit dem letzten Freitag beschäftigt:

Die Finanzkommissionsmitglieder Andrea Duschén, Simon Sax, Thomas Strub und ich distanzieren sich in aller Form von dieser Publikation. Wir haben nicht das Gefühl, dass man auf kommunaler Ebene mit solchen Mitteln arbeiten sollte. Wie die Rechnungskopie den Weg aus dem Gemeindehaus gefunden hat, kann ich Ihnen heute Abend leider noch nicht sagen. Wir werden jedoch das Gespräch mit den beiden Finanzkommissionsmitgliedern suchen, welche diese Publikation mitunterschrieben haben.

Und nun zum Voranschlag 2007:

Ich gehe davon aus, dass sich alle Einwohnerräte intensiv mit dem Voranschlag und dem Bericht der Finanzkommission auseinandergesetzt haben. Deshalb verzichte ich auf das Vorlesen des Berichtes.

Die Finanzkommission hat dieses Jahr sehr viel Zeit zur Analyse des Voranschlages verwendet. Die Prüfung erfolgte dabei aus einer Art Helikopterperspektive. Auf Kleinigkeiten wurde im Bericht deshalb bewusst verzichtet.

Der neue Finanzplan lag der Finanzkommission bei der Prüfung leider noch nicht vor. Die vorausschauende Beurteilung des Voranschlages musste deshalb auf Zahlen abgestützt werden, welche in Ihrer Höhe bereits bekannt waren (z.B. Bifang-Sanierung 10 Mio. und APK-Ausfinanzierung 13 Mio.).

Wie Sie beim Studium des Berichtes festgestellt haben, wird Ihnen die Finanzkommission einstimmig die Nichtgenehmigung des Voranschlages beantragen.

Die Finanzkommission hat es sich mit dieser Entscheidung nicht leicht gemacht. Ausschlaggebend für diese Ablehnung sind jedoch die folgenden Punkte:

1. Die Auswirkungen des neuen Steuergesetzes wurden nicht berücksichtigt.
2. Die fehlende Eigenfinanzierung. Ein Schuldenabbau oder neue Investitionen sind mit diesem Voranschlag und diesen Kennzahlen nicht zu realisieren.
3. Der Gemeinderat hat auf das Budget 2007 hin keine wesentlichen Massnahmen ergriffen, welche zu einer Verbesserung dieser Situation führen würden.

Um dem Gemeinderat einen Hinweis zu geben, unter welchen Bedingungen die Finanzkommission einen Voranschlag genehmigen würde, haben wir die folgenden drei Punkte definiert, welche auch in unserem Bericht abgedruckt sind:

1. kein Aufwandüberschuss
2. vollumfängliche Kompensation der errechneten Steuerausfälle infolge des neuen Steuergesetzes
3. eine Eigenfinanzierung von mindestens 20 % der im Jahr 2007 veranschlagten Nettoinvestitionen

Falls der Voranschlag heute Abend nicht genehmigt wird, sollen dies die Eckwerte für eine zweite Vorlage des Voranschlages sein.

Zum Schluss dankt die Finanzkommission dem Gemeinderat, der Verwaltung sowie allen Abteilungsleitern für ihre zuvorkommende und kompetente Auskunft- und Hilfsbereitschaft bei der Prüfung des Voranschlages.

Zudem danke ich ausdrücklich allen Finanzkommissionsmitgliedern, welche in diesem Jahr sehr viel Zeit und Arbeit in die Prüfung investiert haben.

Antrag

Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Ratskolleginnen und –Kollegen

Die Finanzkommission stellt Ihnen einstimmig den Antrag, den Voranschlag 2007 der Einwohnergemeinde Wohlen **nicht** zu genehmigen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Walter Dubler, Gemeindeammann: Im 2007 wird mit einem Gesamtbudget von rund Fr. 66'540'700.00 gerechnet.

Kurzer Rückblick: Im Voranschlag 2006 wurde knapp budgetiert. Der damalige Sprecher der Finanzkommission Louis Bucher sagte an der letztjährigen Budgetsitzung des Einwohnerrates folgendes: „Generell hat die Finanzkommission keine Position gefunden, die zu streichen oder zu reduzieren wären. „Mit „Lob für den Gemeinderat“ wurde die Diskussion des Einwohnerrates über den Voranschlag 2006 in der Presse übertitelt.

(siehe Beilage –Nettoaufwand in Franken)

- Nettoaufwand + 4.0 %
- Gemeindesteuern - 0.3 %
- Aufwandüberschuss Fr. 8'900.00

Situation heute: Obwohl der Gemeinderat und die Budgetverantwortlichen beim Voranschlag 2007 gleich kostenbewusst vorgegangen sind, präsentiert sich die Lage bedeutend weniger erfreulich. Während für 2006 eine Eigenfinanzierung von fast Fr. 1.2 budgetiert waren, wird für 2007 mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 8'900.00 gerechnet. Sollte die Revision des Steuergesetzes im November 2006 vom Aargauer Volk angenommen werden, würde es noch schlimmer. Der Aufwandüberschuss würde auf rund Fr. 1'030'000.00 ansteigen.

Im Jahr 2005 wurde der budgetierte Steuerertrag um rund Fr. 1 Mio. nicht erreicht. Der Unterschied zwischen dem letzten Steuerabschluss 2005 zum Voranschlag 2006 beträgt Fr. 2.3 Mio. Aus heutiger Sicht werden die budgetierten Steuern für 2006 höchstwahrscheinlich auch nicht erreicht. Aus diesem Grund wurden Steuern für 2007 um Fr. 80'000.00 geringer budgetiert.

Der Gemeinderat verabschiedete den Voranschlag am 7. August 2006. Der Grosse Rat behandelte das Steuergesetz am 22. August 2006 abschliessend. Die Volksabstimmung steht noch bevor. Dies ist auch der Grund, weshalb dieser Voranschlag auf dem jetzt gültigen Steuergesetz basiert.

(siehe Beilage –Nettoaufwand in Franken)

- Was hat sich gegenüber dem letzten Voranschlag verändert?
- Differenz Nettoaufwand Fr. 1'116'800.00
- Welches sind die Gründe für den Anstieg?
- Auf Seite 3 des Voranschlages sind die wesentlichen Veränderungen aufgeführt.
- Die nachfolgend aufgezählten Positionen machen total einen Mehraufwand von Fr. 1'092'600.00 aus.

(siehe Beilagen: Veränderungen auf der Einnahmenseite; Veränderungen auf der Ausgabenseite; Übersicht der Veränderungen)

- Vergleicht man die Differenz des Nettoaufwandes von Fr. 1'116'800.00 mit diesen erklärten Veränderungen von Fr. 1'092'600.00 so ergibt sich noch ein Zuwachs beim übrigen Nettoaufwand von „nur“ rund Fr. 24'000.00.
- Damit ist der Anstieg des Nettoaufwandes im Wesentlichen erklärt.
- Problematik: Vieles ist nicht unmittelbar steuerbar. Die Anpassungen basieren auf gesetzlichen Grundlagen, welche der Kanton erlassen hat.

(siehe Beilage – Steuerertrag, Nettoaufwand, Selbstfinanzierung in % Steuertrags)

- Die Selbstfinanzierung sagt aus, welche selbst erarbeiteten Mittel für Neuinvestitionen oder Schuldenabzahlung zur Verfügung stehen. Der am Steuerertrag gemessene Anteil sollte gemäss Empfehlung des Kantons zwischen 15 – 20 % liegen.
- Im Jahr 2003 betrug die Selbstfinanzierung noch 10.6 %. Im Voranschlag 2006 sind es 4 % und im 2007 0 %.
- Wie vom Gemeinderat schon wiederholt dargelegt, ist die Eigenfinanzierung von Wohlen zu schwach.
- Mit den Zahlen wird das bestätigt, was der Gemeinderat in den vergangenen Jahren wiederholt festgehalten hat. All das, was wir im Jahr 2003 mit der beantragten Steuerfusserhöhung und der Einführung der Gebühr für Grüngut sagten, hat sich bestätigt.

(siehe Beilage – Einkommensstrukturen in der Steuerperiode 2004)

- Rund 78,5 % aller Steuerpflichtigen weisen in der Steuerperiode 2004 ein steuerbares Einkommen unter Fr. 70'000.00 aus.
- Die grösste Gruppe sind die 1'162 Steuerpflichtigen mit einem steuerbaren Einkommen von 0 – Fr. 10'000.00.
- Rund 2'160 Steuerpflichtige weisen ein steuerbares Einkommen von Fr. 30'000.00 bis Fr. 50'000.00 aus.
- Dies erklärt auch die bescheidene Steuerkraft von Wohlen.

Personal

- Gemäss dem neuen Personalreglement legt der Einwohnerrat im Rahmen des Voranschlages die für das folgende Jahr vorgesehene Gehaltsanpassung fest.
- Es gilt sich folgendes in Erinnerung zu rufen. Das neue Personalreglement wurde von einer Projektkommission vorberaten, welche mehrheitlich aus Mitglieder des Einwohnerrates bestand. Im Personalreglement ist festgehalten, dass sich die Gehaltsanpassung aus einem generellen und einem individuellen, leistungsbezogenen Anteil zusammensetzt. Der generelle Anteil berücksichtigt folgende Kriterien:
 - Entwicklung der Lebensunterhaltskosten
 - Allgemeine wirtschaftliche Situation

- Regionale Arbeitsmarktlage
- Es gilt jetzt gegenüber dem Personal fair zu sein. Es wäre nicht korrekt, vor der Einführung eines leistungsorientierten Gehaltskonzeptes zu reden und dann, wenn es etwas kostet, den Rückzieher zu blasen. Nur wer sich gegenüber dem Personal fair und berechenbar verhält, hat auch die Chance, gutes bis sehr gutes Personal zu halten und zu gewinnen.
- Es wurden verschiedene Vergleiche angestellt. Eine Umfrage bei verschiedenen grösseren Aargauer Gemeinden zeigte, dass für 2007 Anpassungen zwischen 1,5 % und 2,5 % geplant sind.
- Im vorliegenden Voranschlag ist eine Lohnanpassung von nur 1,2 % enthalten.
- Der Kanton sieht sogar folgendes vor: Erhöhung Löhne + 2 %; Bereinigung Lohnstruktur: 1 %, d.h. total plus 3 %
- Diese Vergleiche zeigen, dass die Erhöhung der gesamten Lohnsumme in Wohlen unterdurchschnittlich ist.
- Gegenüber dem Voranschlag 2006 beträgt der gesamte Personalaufwand + 0.4 %, was moderat ist.
- Der Gemeindepersonalverband Wohlen hat mit Schreiben vom 12. Okt. 2006 dem Gemeinderat mitgeteilt, dass er diesen Vorschlag mit einer Lohnanpassung von plus 1,2 % inakzeptabel findet.
- Interessant ist auch der Vergleich, welcher am letzten Freitag im Wohler Anzeiger erschien. Dort wurden die Stellenpläne verschiedener grösserer Gemeinden verglichen. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl hat Wohlen am wenigsten Verwaltungsstellen.
- Die Wohler Verwaltung ist schlank. Dies belegen auch die Zahlen in der Gemeindefinanzstatistik des Kantons.

Steuerfuss

- Mit 105 % ist der Steuerfuss relativ tief. Er liegt damit unter dem kantonalen Durchschnitt von 107 %.
- Vergleicht man Wohlen mit Gemeinden, welche eine Gebühr für Grüngut haben, würde der korrigierte Steuerfuss in Wohlen rund 102 % betragen.
- Im Juni 2006 veröffentlichte die Credit Suisse eine Studie unter dem Titel: „*Was den Haushaltungen unter dem Strich bleibt: Das verfügbare Einkommen in der Schweiz*“. Die Zahlen verschiedener Gemeinden im Raum Zürich wurden publiziert. Darunter waren auch die Aargauer Gemeinden Wohlen, Baden, Bremgarten, Lenzburg, Fislisbach und Arni. Es zeigte sich, dass unter den genannten Aargauer Gemeinden Wohlen am Besten abschnitt. D.h. das frei verfügbare Einkommen ist in Wohlen am Grössten. Hauptgrund: In vielen Gemeinden wird die Steuerersparnis durch die Immobilien- und Mietpreise mehr als aufgehoben. Die Immobilien- und Mietpreise in Wohlen sind günstiger.
- Diesen Punkt gilt es bei Diskussionen um den Steuerfuss zu berücksichtigen.

(siehe Beilage: *Schuldenentwicklung 2001-2007*)

- Ende 1997: Fr. 25.0 Mio.
- Die Gemeinde hat in den letzten acht Jahren in vielen Bereichen grosse Fortschritte gemacht. Viele Probleme wurden gelöst. Eine Aufzählung erübrigt sich. Trotzdem betragen die verzinslichen Nettoschulden Ende 2005 nur Fr. 19.1 Mio.
- Dabei spielte auch die Umwandlung der IBW in eine Aktiengesellschaft eine Rolle.
- Der voraussichtliche Schuldenbestand von rund Fr. 22 Mio. per Ende 2007 stellt ebenfalls noch kein Problem dar.

Ausblick

- Der Selbstfinanzierungsgrad für Investitionen ist jedoch ungenügend. Sparsamkeit bei den laufenden Aufgaben allein hilft hier nicht mehr weiter. Die Sanierung der Aargauischen Pensionskasse (APK) wird viele Gemeinden belasten. Für Wohlen macht dies rund Fr. 13 Mio. aus. Die APK weist wegen den in den Jahren 1962 bis 1989 nicht einbezahlten Einkäufen für die generellen Erhöhungen eine Unterdeckung aus. Dies hat seiner Zeit der Grosse Rat beschlossen. Wir müssen jetzt das Problem lösen. Der Verein Alters- und Pflegeheime Bifang erwartet, dass sich die Gemeinde mit Fr. 10 Mio. an der Renovation des Bifang beteiligt. Dies wird im Gemeinderat und im Einwohnerrat noch zu diskutieren geben. Allein diese beiden Positionen – und dies ist das Fatale – belasten die Gemeinde mit rund Fr. 23 Mio. Daneben gibt es noch zahlreiche andere Aufgaben, welche gelöst werden müssen.

Steuerertrag

- Aufgrund der bisherigen Verarbeitung kann nicht davon ausgegangen werden, dass die für das Jahr 2006 budgetierten Steuereinnahmen erreicht werden. Ende September 2006 wurde 93 % des Steuersolls erreicht. Dies ist leicht besser als im Vorjahr. Per Ende September 2005 waren 91 % des Steuersolls erreicht.

Finanzpolitische Rahmenbedingungen im Kanton

In den letzten Jahren wurden im Kanton Aargau viele Gesetzesänderungen beschlossen, welche die Gemeinden finanziell mehr belasten. Konkret: Einführung der professionellen Schulleitungen, Mehrbelastungen im Bereich Sonderschulung und Heimaufenthalte, höhere Beiträge an Spitäler, höhere Beiträge an den öffentlichen Verkehr. Die Aufgabenteilung Kanton – Gemeinden wird im Jahr 2008 voll wirksam und belastet die Gemeinden dementsprechend. Bei vielen gleichzeitig laufenden Projekten wird beim Kanton nur noch mit Planzahlen und Annahmen gerechnet. Dies erschwert die Arbeit in den Gemeinden.

Finanzplan

Folgende Gründe waren dafür verantwortlich, dass der Finanzplan vom Gemeinderat erst Ende September verabschiedet wurde:

1. Wir wollten den Entscheid des Grossen Rates vom 22. August betreffend der Revision des Steuergesetzes kennen.
2. Zweitens sollte die aggregierte Finanzanalyse, welche ebenfalls im August vom Kanton mitgeteilt wurde, berücksichtigt werden. Diese Analyse zeigt – leider nur mit Planzahlen - die Auswirkungen der Reformen und der Kostenentwicklung, welche in den kommenden Jahren für die Gemeinden weitere Mehrbelastungen bringen werden.

Teilrevision Steuergesetz

Ursprünglich wollte der Regierungsrat nur eine Teilrevision des Steuergesetzes. Die Rentnerinnen und Rentner sowie die juristischen Personen hätten entlastet werden sollen. Dies hätte genügt. Der Grosse Rat machte jedoch aus der Teilrevision eine Revision. Aus dem Blickwinkel der Wohler Finanzlage ist die vorgeschlagene Revision des Steuergesetzes wie Gift. Bei abnehmenden bzw. praktisch gleichbleibenden Einnahmen sollten wir künftig mehr Ausgaben und Investitionen verkraften. Viele Gemeinden werden finanziell ins Schleudern geraten. Sollte das Steuergesetz vom Aargauer Volk angenommen werden, müssen einige Gemeinden nachher ihren Steuerfuss anheben.

Haltung des Gemeinderates zum Bericht der Finanzkommission

Der Gemeinderat wertet den Bericht der Finanzkommission als fundiert. Die Beurteilung der Finanzkommission deckt sich mit der Beurteilung des Gemeinderats. Wir unterstützen insbesondere auch die Aussage der Finanzkommission, wonach nachhaltige Einsparungen nur mit substantiellem Leistungsabbau in mehreren Bereichen möglich und schwer zu realisieren wären.

Im zugestellten Finanzplan 2006 – 2010 hat der Gemeinderat auf Seite 2 mögliche Massnahmen zur Beschränkung der Verschuldung und Erzielung von Eigenfinanzierung aufgezeigt.

Nach Meinung des Gemeinderats genügt eine einzige Massnahme, wie Steuerfusserhöhung, nicht, um die Finanzlage deutlich zu verbessern. Es braucht ein ganzes Massnahmenpaket. Der Gemeinderat möchte den Inhalt dieses Pakets unter Einbezug von Finanzkommission und Einwohnerrat im Rahmen der Diskussionen über den Finanzplan 2006 – 2010 erörtern. Der kommenden Behandlung des Finanzplans wird eine entscheidende Bedeutung zukommen.

Grundsätzlich ist der Gemeinderat mit den Überlegungen der Finanzkommission einverstanden. Rein finanzpolitisch betrachtet wäre es – wie von der Finanzkommission angedeutet – sinnvoll, den Steuerfuss schon für das Jahr 2007 zu erhöhen. Zur Zeit stehen auf Kantonsebene zwei sehr wichtige Entscheidungen an, welche auf unsere Gemeindefinanzen grosse Auswirkungen haben:

- Am 26. November 2006 stimmt das Aargauer Volk über die Revision des Steuergesetzes ab.
- Am 5. Dezember 2006 behandelt der Grosse Rat das Dekret über die Aargauische Pensionskasse.

Der Gemeinderat würde es als falsch erachten, wenn die Wohler Stimmberechtigten gleichzeitig über die Revision des Steuergesetzes und den Voranschlag 2007 mit einem erhöhten Steuerfuss abstimmen müssten.

Aus den dargelegten Gründen bittet Sie der Gemeinderat, dem vorliegenden Voranschlag 2007 mit einem unveränderten Steuerfuss von 105 % zuzustimmen.

Die Finanzverwaltung und ich haben den Voranschlag sowie den Finanzplan am 5. Oktober 2006 auch mit Markus Urech, Chef des Gemeindeinspektorates, besprochen. Er hält zum Voranschlag 2007 folgendes fest: „Der Voranschlag ist ausgeglichen und weist somit die gesetzliche Ausgabenbedeckung gemäss § 87 Abs. 2 Gemeindegesetz aus. Wir werden somit dem Voranschlag 2007 mit Steuerfuss 105 % ohne Auflagen zustimmen.“ Der Chef des Gemeindeinspektorates empfiehlt auch, den Voranschlag mit einem unveränderten Steuerfuss von 105 % beschliessen zu lassen, damit ausreichend Zeit verbleibt, um die nötigen Massnahmen im Hinblick auf den Voranschlag 2008 umzusetzen bzw. vorzubereiten. Gleichzeitig betont auch das Gemeindeinspektorat, dass in Sache Finanzplan dringender Handlungsbedarf besteht, den der Gemeinderat im Finanzplan auf Seite 2 aufgezeigt hat.

Der Gemeinderat bittet den Einwohnerrat, den Voranschlag wie vorgelegt zu verabschieden.

Regula Meier, FDP: Die Finanzkommission hat den Voranschlag 2007 geprüft und stellt nun klar den Antrag auf Ablehnung. Die FDP steht einstimmig zu dieser Ablehnung. Gemäss Gemeindeordnung obliegt dem Gemeinderat die Vorbereitung aller Geschäfte. Aus diesem Grund kann es nicht sein, dass ein Parlament nun in stundenlanger Diskussion Budgetposten um Budgetposten durcharbeitet und so die Arbeit des Gemeinderates übernimmt. Das Resultat einer solchen Übung wäre unserer Meinung nach unseriös und würde sich an Zufälligem anlehnen. Die Überarbeitung des Voranschlages 2007 ist aus Sicht der FDP klar eine Führungsaufgabe. Aus diesem Grund stellen wir einen Rückweisungsantrag.

Der Gemeinderat hat den Voranschlag 2007 zu überarbeiten, wobei die folgenden Punkte, wie sie die Finanzkommission erläutert hat, zu berücksichtigen sind.

Ich bitte Sie im Sinne von klaren Aufgabenzuteilung diesem Ordnungsantrag zuzustimmen. An einer allfälligen Detailberatung wird sich die FDP nicht beteiligen und den Voranschlag in der Schlussabstimmung einstimmig ablehnen.

Rückweisungsantrag

Der Gemeinderat hat den Voranschlag 2007 zu überarbeiten, wobei die folgenden Punkte zu berücksichtigen sind:

- Kein Aufwandüberschuss
- Vollumfängliche Kompensation der errechneten Steuerausfälle infolge des neuen Steuergesetzes
- Eine Eigenfinanzierung von mindestens 20 % der im Jahr 2007 veranschlagten Nettoinvestitionen der Einwohnergemeinde

Diskussion über den Ordnungsantrag

Judith Steiner Landert, SVP Wohlen-Anglikon: Die Fraktionsgemeinschaft SVP Wohlen-Anglikon und Dorfteil Anglikon unterstützt den Rückweisungsantrag der FDP-Fraktion mit folgender zusätzlicher Begründung:

Der Gemeinderat berücksichtigte bei der Budgetierung die Finanzlage der Gemeinde Wohlen in keiner Art und Weise. Gemäss Aussagen unserer 2 Gemeinderäte ist auf der Basis Wirtschaftswachstum und Konsumsteuerung budgetiert worden, was bedeutet, dass mit einem einfachen Plus von 2.5 % auf dem Voranschlag 2006 budgetiert wurde.

Hätte man den Abteilungsleitern z.B. Stand Rechnung 2005 oder nur das absolut Nötigste als Weisung erteilt, hätte man damit eine konkrete und sehr kreative Diskussion mit einer anschließenden Massnahmeplanung in den Abteilungen ausgelöst. Diese Art von Budgetierung hätte ein hohes Bewusstsein für Ausgaben ergeben. Dies bedeutet natürlich Mehrarbeit und Kommunikationsaufwand in den Abteilungen. Ein Bottom's up-Satz löst jedoch bei allen Verantwortungsbewusstsein und Motivation aus.

Der Voranschlag 2007 weist gegenüber der Rechnung 2005 8.3 % Mehrausgaben auf. Diese sind nicht nur mit Kostenabwälzungen von Bund und Kanton begründet. Einnahmen und Ausgaben 2006 sind gemäss unseres Wissens für die Budgetierung nicht direkt hinterfragt und berücksichtigt worden. Entgegen der Feststellung des Gemeinderates in seinem Schreiben vom 10. Oktober 2006, wonach, wie vorhin Gemeindeammann Walter Dubler bestätigt hat, nachhaltige Einsparungen nur mit substanziellem Leistungsabbau verbunden und schwer zu realisieren sind, ergeben sich mit solchen Vorgaben und Budgetierungen kreative Lösungen. Wir erwarten vom Gemeinderat die entsprechenden Weisungen an die Abteilungsleiter und damit ein überarbeitetes Budget.

Gerne halten wir fest, dass die Budgetierung selber nicht Aufgabe des Einwohnerrates ist. Trotzdem haben wir für den Fall, dass die Budgetdiskussion heute erfolgen wird, 154 Fraktionsanträge und 20 Einzelanträge vorbereitet, welche wir gerne zur Abstimmung geben werden – im Sinne des Sparwillens.

Mit dem überarbeiteten Budget erwarten wir eine substantielle Reduktion des Steuerfusses um eine echte Attraktivitätssteigerung unserer Gemeinde zu erlangen.

Arsène Perroud, SP: Die Fraktion SP und EL&Grüne ist sehr besorgt über die finanzielle Entwicklung der Gemeinde Wohlen. Es hat sich gezeigt, dass der gemeinderätliche Weg der Steuerfusserhöhung doch richtig gewesen wäre. In einigen Jahren werden wir tief im Schuldensumpf stecken.

Wir erachten es als ungeschickt, dass wir heute nicht über den Finanzplan diskutieren können, was einigen Personen hier drin natürlich nur gelegen kommt, da man so die längerfristigen Auswirkungen dieser Politik nicht sieht. Der Voranschlag 2007 ist leider nur der Ausfluss aus dem Finanzplan und die wichtigen Diskussionen über die grundsätzliche Ausrichtung der Gemeinde Wohlen finden heute nicht statt.

Auch wir würden jedes Budget gerne anpassen so wie die SVP. Überall gibt es Positionen, die uns nicht wirklich passen. Wir würden ein anderes Budget machen als der Gemeinderat und eines, das uns gerade heute in den Kram passt. Aber wir wollen dem Gemeinderat, diesem demokratisch gewählten Gremium, diesen Handlungsspielraum zugestehen. Diesen muss er auch haben, sonst könnte er nichts mehr machen. Der Gemeinderat hat aus unserer Sicht seine Aufgaben gemacht. Er hat die rechtsbürgerlichen Steuerfuss-Forderungen von 105 % konsequent umgesetzt und wir laufen in die Schulden. Es ist eine Frage der Zeit, bis die Gemeinde Wohlen vollkommen handlungsunfähig wird. Wollen wir das? Oder wollen wir lieber das Ruder in den eigenen Händen behalten und unsere Gemeinde gestalten, statt sie nur zu verwalten? Realistisch betrachtet braucht die Gemeinde Wohlen – mit oder ohne unsägliche Steuergeschenkrevision an die Reichen von 1½ Millionen - mindestens 10 Steuerprozent mehr um einigermaßen überleben zu können.

Wenn man den Finanzplan trotzdem kurz zur Hand nimmt, stellt man auf Seite 24 fest, dass man mit einem unveränderten Steuerfuss von 105 %, mit Ertragsausfällen der Steuergesetzrevision, erst im Jahr 2009 ganz bankrott ist und bei einer Steuererhöhung auf 115 % ab 2008 im 2010. Wollen wir dies wirklich?

Aus dem Finanzplan wurden die wichtigen Investitionen bereits gestrichen. Unsere Fraktion wird dem vorliegenden Voranschlag 2007 in dieser Form nicht zustimmen. Es müssen dringend mehr Einnahmen her oder die Gemeinde Wohlen verzichtet auf grosse Institutionen, beispielsweise auf den Kindergarten für 5-Jährige, die Badi, die offene Jugendarbeit, die Bibliothek usw. Das macht die Gemeinde nicht attraktiv für die Bevölkerung und auch nicht für zukünftige wohlhabende Einwohner, welche nach Wohlen kommen sollen. Die Attraktivität einer Gemeinde ist nicht von einem tiefen Steuerfuss abhängig, sondern von der guten Infrastruktur, dem Kulturangebot, dem Bildungsangebot usw. Warum sonst schreibt die Stadt Zürich, mit einer mehrheitlich Links-Grünen Regierung, schwarze Zahlen? Letzte Woche gab es einen Bericht in dem Martin Vollenweider, Finanzvorsteher der Stadt Zürich, ganz klar sagt, dass es keinen direkten Zusammenhang zwischen einem tiefen Steuerfuss und dem Zuzug von wohlhabenden Personen in die Stadt gibt.

Wir stimmen grossmehrheitlich dem Rückweisungsantrag der FDP zu und fordern vom Gemeinderat Korrekturen auf der Ertragsseite. Die verursachergerechte Grüngutgebühr muss eingeführt werden und die Überarbeitung des Kanalisationsreglements sollte an die Hand genommen werden. Es wird zudem auch unumgänglich sein, den Steuerfuss anzuheben. Jeden Franken, den wir heute nicht zahlen, werden wir in ein paar Jahren weniger verzinsen. Mindestens die Forderungen der Finanzkommission müssen erfüllt werden.

Wir fordern zudem den Gemeinderat auf, die gute Arbeit der Gemeindeangestellten entsprechend zu honorieren und die minimalen Lohnerhöhungen nochmals zu überdenken. Nachdem bereits letztes Jahr durch das neue Personalreglement für die Angestellten eine Null-Runde stattgefunden hat, da sie die NBU-Beiträge selber zu bezahlen haben, erachten wir es als ange-

bracht, dieses Jahr dem Wunsch des Angestelltenverbands wenigstens etwas mehr entgegenzukommen. Es ist keine weitsichtige Personalpolitik, auf dem Buckel der Angestellten zu sparen.

Zum Schluss noch eine kleine Bemerkung: Es grenzt für uns an einer Wahrnehmungsstörung, wenn behauptet wird, dass die Gemeinde Wohlen bisher von einer linken Mehrheit regiert wurde. Weder im Gemeinderat noch im Einwohnerrat hatte die Linke je eine Mehrheit.

Tomi Schmid, Freis Wohle: Wir wurden von unserem Finanzkommissionsmitglied Simon Sax sehr kompetent und klar über das Budget orientiert. Aus seinen Ausführungen und nach einer langen Diskussion wurde uns klar, dass wir den Rückweisungsantrag der FDP unterstützen werden. Es geht grundsätzlich genommen nicht, dass wir mehr Ausgaben als Einnahmen haben. Der Gemeinderat muss die Ausgaben senken. Es ist eine Tatsache, dass wir für das vorliegende Budget zu wenig Geld haben. Der Gemeinderat ist gefordert zu sparen. Dass dies zu unpopulären Massnahmen führt, wissen wir, aber anders geht es nicht mehr. Wir sind überzeugt, dass mit einem speziellen Einsatz des Gemeinderates das Budget besser gemacht werden kann. Ein Budget, welches der finanziellen Situation unserer Gemeinde angepasst ist, welches keine rote Zahlen, sondern einen Einnahmenüberschuss aufweist.

Guido Benz, CVP-CSP: Die CVP-Fraktion lehnt den vorliegenden Voranschlag 2007 einstimmig ab. Sie unterstützt den Nichteintretens-Antrag mit 7:3 Stimmen. Die drei ablehnenden Stimmen stehen uneingeschränkt hinter meinen folgenden Ausführungen, sind aber der Meinung, dass bereits heute der „Sack zugemacht“ werden sollte und nicht erst in Zukunft. Es sieht so aus, als würde der vorliegende Voranschlag zurückgewiesen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass der Gemeinderat weiss und spürt, wo die Meinungen sind.

Im Bericht und Antrag der FIKO steht: „Trotz unserer kritischen Beurteilung der Rechnung 2005 sind im Voranschlag 2007 keine Massnahmen zu erkennen, welche zu einer Verbesserung der finanziellen Situation führen.“ Wir stimmen dieser Feststellung mit Nachdruck zu. Sie muss sogar akzentuiert werden. Die künftige Finanzlage von Wohlen war bereits im Juni klar bekannt, dazu benötigte man weder einen Voranschlag 2007 noch einen Finanzplan. Der sofortige Start eines Massnahmeplanes wäre also bereits im Frühjahr ein absolutes Muss gewesen.

Was soll man zu den Zahlen sagen? Die Lage ist so eindeutig, dass wir auf Zahlenklauberei verzichten können. Wir können uns grundsätzlich auf die Feststellung beschränken, dass das Ergebnis der meisten Kennzahlen miserabel ist, aber vor allem auch, dass sich die Situation wie erwartet in den nächsten Jahren dramatisch verschlechtern wird. Um den Ernst der Situation darzustellen, möchte ich doch einige wenige Zahlen aus dem Finanzplan nennen.

Finanzierungsfehlbetrag 2010

Der Finanzierungsfehlbetrag per Ende 2010 (Nettoinvestitionen minus Selbstfinanzierung) beträgt kumulativ 39 Mio. Nicht darin enthalten sind z.B. Investitionen von 2 Mio., die vom Gemeinderat als überprüfenswert erachtet werden und dringende Sanierungs-Investitionen von 6.5 Mio. bei Schwimmbad und Kunsteisbahn, welche eher heute als morgen getätigt werden müssten. Wahrscheinlich fallen noch weitere 2011er-Investitionen in diese Kategorie. Steuerausfälle bei einer allfälligen Revision des Steuergesetzes von 1 Mio. sind auch nicht berücksichtigt. Zählen wir zum genannten Finanzierungsfehlbetrag von 39 Mio. auch nur die 6.5 Mio. dazu, heisst dies, dass wir in 4 Jahren einen Finanzierungsfehlbetrag von 45 Mio. oder von ca. 9 Mio. pro Jahr haben.

Im Lichte dieser Zahlen – und daher wäre für uns der Finanzplan fast wichtiger als das Budget des nächsten Jahres – ist es für uns schlicht unverständlich, dass nicht bereits im vorliegenden Voranschlag weitreichende Massnahmen ergriffen wurden, nämlich auf der einen Seite substantielle Einsparungen und auf der anderen Seite zusätzliche Mittelbeschaffung.

Steuerkraft

Entwicklung und heutiger Stand der Steuerkraft von Wohlen ist besorgniserregend und einer der kritischsten Punkte. Ich höre den Zwischenruf, dass sei die Folge des hohen Steuerfusses. Wir glauben, die Gründe liegen anderswo. Der Gemeinderat muss sich prioritär mit dieser Frage beschäftigen. Mittel- bis langfristig muss vor allem auch hier eine wesentliche Verbesserung erreicht werden.

Steuerbelastung

Die Steuerbelastung ist durchaus ein Element der Standortattraktivität, aber nur eines unter vielen. Sie ist nicht mit 150 % zu gewichten, wie SVP und teilweise auch FDP propagieren, sondern vielleicht mit 10 %. Viel wichtiger ist das restliche Paket mit Bildung und Weiterbildung, Freizeit und Kultur, Angebot und Kosten von Wohnraum, Verkehrsanbindung usw. Auch die Studie von Economic Research des CS weist klar in diese Richtung.

Wichtig ist, dass der Bürger überzeugt ist, dass sein Geld sinnvoll und effizient eingesetzt wird. Die Schaumschlägerei rund um ein Abschiedsessen ist dabei wenig hilfreich. Verantwortungsvoll wäre gewesen, mit ähnlicher Energie die Nachricht der doch positiven Effizienz-Analyse der Wohler Verwaltung zu verbreiten. Ist der Stimmbürger von einem effizienten und sinnvollen Mitteleinsatz überzeugt, wird er auch einer Steuererhöhung zustimmen. Und damit wären wir auch bei der Frage des Sparens, der Effizienz.

Effizienz

Effizienz bedingt fortwährende kritische Auseinandersetzungen mit dem Einsatz der Mittel und eine kritische Auseinandersetzung mit den Kosten. Die immer wieder gehörte Aussage des Gemeinderates, die Zitrone sei ausgepresst, ist unserer Meinung nach falsch. Auch in der besten Organisation finden sich immer Ausgaben und Kosten, die reduziert oder gar eliminiert werden können. Einig gehen wir mit der Aussage von Gemeinderat und FIKO, dass die Finanzlücken von Wohlen nicht mit Einsparungen allein geschlossen werden können.

Der präsentierte Voranschlag ist meist eine reine Fortschreibung der Vergangenheit, dies wurde bereits erwähnt. Es wird mit bestimmten Kennzahlen gearbeitet. Es sind keine Sparanstrengungen sichtbar und es werden keine Informationen gegeben, welche Ausgaben/Kosten besonders überprüft wurden, oder auch, aus welche Überlegungen z.B. auf eine Realisierung von Sparideen verzichtet wurde.

Wir haben – wie angetönt - den Wohler Anzeiger vom Freitag gelesen und mit grosser Genugtuung zur Kenntnis genommen, dass überzeugende Indizien bestehen, dass wir in Wohlen über eine gut geführte und effiziente Verwaltung verfügen. Es ist richtig und wichtig, uns Einwohnerräten und den Stimmbürgern solche Botschaften immer wieder mit Fakten zu belegen. Aber bitte nicht den Fehlschluss ziehen, dass keine weiteren Verbesserungen oder Einsparungen möglich sind.

Wie muss der revidierte Voranschlag 2007 aussehen?

Wir schliessen uns der Forderungen der Fiko und verschiedener Parteien und Gruppierungen an:

- kein Aufwandüberschuss
- vollumfängliche Kompensation der errechneten Steuerausfälle infolge des neuen Steuergesetzes
- Eigenfinanzierung von mindestens 20 % der Nettoinvestitionen 2007

Ich habe versucht, dies zu berechnen: Wenn man die Positionen nimmt, welche nicht im Budget erscheinen jedoch im Finanzplan enthalten sind, müssen wir rechnen, dass wir gegen Fr. 3 Mio. zur Verfügung haben müssen.

Zeitlicher Ablauf

Wir sind der Meinung, dass die Frage der Steuergesetzrevision und der Ausfinanzierung der Aargauischen Pensionskasse in Anbetracht des Ausmasses der Finanzlücken keine Gründe sein dürfen, nicht bereits im Voranschlag 2007 erste Massnahmen zu treffen, inkl. einer Steuererhöhung.

Wir ersuchen den Gemeinderat, die Entwicklung der Steuerkraft zu analysieren und Massnahmen vorzuschlagen, wie er die Steuerkraft langfristig verbessern will. Es ist uns klar, dass dies für dieses Budget keine Rolle mehr spielen kann.

Immer wieder ist von grossen Einsparungen die Rede. Auch wir sind der Meinung, dass solche ohne Einschränkungen nicht möglich sind. Und trotzdem bitten wir den Gemeinderat, möglichst rasch aus den in Frage kommenden Bereichen des Wahlbedarfes Reduktions-Vorschläge zu unterbreiten, damit der Einwohnerrat einerseits aber auch die Stimmbürger zur einer Meinungsäusserung gezwungen werden, welche Leistungen der Gemeinde für sie wichtig sind.

Massnahmenpaket

Verschiedene Einzelmassnahmen standen bereits zur Diskussion. Ich möchte diese nicht wiederholen, bitte jedoch die SVP, ihre 174 Vorschläge dem Gemeinderat und vielleicht auch den anderen Parteien zur Verfügung zu stellen. Ich bin überzeugt davon, dass es da einige gute Ideen dabei hat.

Und vielleicht noch eine letzte Forderung: Auch der Einwohnerrat muss die kommenden Vorschläge des Gemeinderates konstruktiv aufnehmen und verfolgen. Anders geht es nicht.

Wir bitten den Gemeinderat, ein revidiertes Budget vorzulegen, welches der aktuellen und vor allem künftigen Finanzlage der Gemeinde Rechnung trägt und in dem sofort realisierbare Massnahmen Berücksichtigung finden.

Stäger Urs, SVP Wohlen-Anglikon: Das vorliegende Budget schaue ich eher als Märchenbuch denn als realistische Vorlage an. Die meisten Globalbudgets wurden z.B. ohne Begründung erhöht. Wie kann so etwas überhaupt passieren? Ich habe nachgefragt, wie in Wohlen budgetiert wird. Der zuständige Abteilungsleiter wird vom Gemeinderat gebeten, das Budget zu machen. Er macht dies, gibt es dem Gemeinderat, man schaut dieses zusammen an, der Gemeinderat fragt, ob irgendwo Einsparungen vorgenommen werden können, der Abteilungsleiter verneint dies und die Sache ist beendet. Die Zahlen gehen nun zum Finanzverwalter und dieser stellt das Budget zusammen. Nun fehlen jedoch ein paar Franken. Nun wird es schwierig. Eine Steuererhöhung schluckt der Steuerzahler nicht. Wirklich sparen will man jedoch auch nicht. Was macht man? Es hat ja bereits beim letzten Voranschlag funktioniert und die Fiko wird es wahrscheinlich wieder nicht merken: Es werden einfach mehr Steuereinnahmen budgetiert. Unsere Vorgänger in der Fiko haben vermutlich auch nicht immer genau hingeschaut, denn dass Wohlen in ein finanzielles Fiasko läuft, war ja wohl schon länger klar. Übrigens, die Finanzkommission hat gerade einmal 10 Tage Zeit, ein solches Budget anzuschauen. Dies ist definitiv zu wenig. Wir haben bereits gehört, wie lange die Fiko Zeit hat, die Rechnung zu kontrollieren: 2 Wochen für 200 gefüllte Bundesordner. Wir alle sind voll berufstätig.

Viele kleine Beispiele: Der Kanton verschickt alle Post mit B-Post, die Gemeinde Wohlen das Meiste mit A-Post. Beim Chinderhuus nehmen die Angestellten ihre Kinder mit zur Arbeit und betreuen sie. Wir haben nichts gefunden, dass diese dafür auch etwas bezahlen. Die Wohler Schule hat auf 8 Schüler eine Lehrkraft. Auch wenn es Teilpensen sind, ist das Verhältnis immer noch wahnsinnig. Solche Verhältniszahlen findet man eigentlich nur in Institutionen für Schwererziehbare oder in Schulen mit Kindern, welche Defizite haben. In diesem Raum will ja niemand behaupten, dass wir in Wohlen nur solche Kinder haben. Unser Gemeindeammann möchte, dass

die Ortsbürgergemeinde die Isler-Villa kauft. Er hat der Ortsbürgergemeinde bereits vorgerechnet, dass das Geld vorhanden ist, falls es dann zum Verkauf kommt. Den Unterhalt darf dann die Einwohnergemeinde übernehmen. Dies sind wiederum Fr. 150'000.00 pro Jahr. Dafür will er die IBW verkaufen. Wer so etwas auch nur in Erwägung zieht – damit habe ich Mühe. Die wichtigsten Elemente, die der Mensch benötigt, sind Wasser und Strom. Dass man dies in fremde Hände geben will, dafür gibt es meiner Meinung nach keinen Ausdruck, der hier verwendet werden darf. Die gemeindeeigene Informatik will eine Datensicherungsstation für Fr. 103'000.00 kaufen. Mir persönlich muss wirklich niemand klar machen, was Datensicherung heisst und wie wertvoll diese ist. Unsere Nachbargemeinde löst das selbe Problem aber mit Fr. 10'000.00.

Arthur Fischer, Präsident: Wir sprechen über die Rückweisung! Ich bitte Sie, langsam zum Schluss zu kommen.

Urs Stäger, SVP: Exekutive heisst auszuführen was das Volk, resp. der Einwohnerrat will und nicht was die Angestellten der Gemeinde, resp. der Gemeinderat wollen. Wie wenig überlegt wird, zeigt auch die Äusserung, dass es sinnvoll sei, den Rebberg zu überbauen – dies bringe Steuerzahler. Nur, Personen mit einem wirklich guten Einkommen lassen sich nicht in einer Gemeinde mit einem Steuerfuss von 115 % nieder. Eine weitere ungeschickte Äusserung ist auch diese mit der CS. Statt dass man sparen will, versucht man einen Raubzug auf das Portemonnaie. Der Gemeinderat wusste beispielsweise auch von der Finanzlage, als er im Januar mehr Lohn beantragte.

Arthur Fischer, Präsident: Ich muss dich da unterbrechen. Wir sprechen über die Rückweisung.

Urs Stäger, SVP: Unsere Exekutive ist sich der Verantwortung nicht bewusst.

René Meier, Gemeinderat: Ich habe interessiert diesen Voten zugehört. Wenn Urs Stäger sagt, dass die Exekutive da ist, um das auszuführen, was das Volk und der Einwohnerrat wollen, dann sage ich ja, das kann man so verstehen. Aber dann müssen Sie uns sagen, was Sie wollen und nicht einfach einen Rückweisungsantrag stellen.

An diesem Budget muss und kann man nicht Freude haben. Dies war auch dem Gemeinderat bewusst, als er dieses verabschiedete. Über dieses Budget muss man sprechen. Aber mit der Rückweisung ist es nicht getan. Ich möchte von Ihnen hören, wo Sie sparen und wo Sie mehr einnehmen wollen. Sie können es sich einfach machen und sagen, dass Sie dies nicht wollen, denn es ist ja die Aufgabe des Gemeinderates. Urs Stäger hat genau das Gegenteil gesagt. Die SVP hat in löblicher Manier 174 Abänderungsanträge vorbereitet. Ich nehme an, dass diese Abänderungsanträge „Sparen“ bedeuten. Dies ist legitim. Nur, meine Damen und Herren, ich möchte dies hören und zwar heute Abend. Wir haben eine gefüllte Tribüne – auch diese Personen möchten es hören. Sonst sind es leere Versprechungen, welche gemacht werden. Und wenn wir diese Anträge umsetzen, wird es wehtun. Der Gemeinderat kann auch dies. Sie müssen jedoch wissen und sich bewusst sein, was dies heisst. Damit wir unsere Aufgabe machen können – und wir müssen diese machen, denn es ist für mich ausser Zweifel, dass dieses Budget abgelehnt wird - möchten wir Wegweiser bekommen, von allen Parteien und Gruppierungen, speziell von der SVP.

Ich bitte Sie nicht um ein Weihnachtsessen, das wäre vermessen, ich bitte Sie jedoch, diesem Rückweisungsantrag nicht zuzustimmen. Wir gehen in diese Diskussion. Wir sind bereit, uns diese 174 Abänderungsanträge anzuhören. Ich habe vorher einem Einwohnerrat gesagt, dass wir hierher gekommen sind, um zu arbeiten und dass Sie das Budget nicht zurückweisen sollen. Er hat mir zur Antwort gegeben: „Ich will dies gar nicht hören, das interessiert mich nicht. Macht ihr euren Job“. Meine Damen und Herren, es ist legitim, wenn man zu einem Budget nicht ja sagt. Aber es ist nicht legitim, wenn man hierher kommt und nicht arbeiten will.

Jean-Pierre Gallati, SVP Wohlen-Anglikon: René Meier hat schon recht. Wir sind hierher gekommen um zu arbeiten. Wir sind der Meinung, dass der Gemeinderat seine Aufgabe nicht gemacht hat. Vor 2 Jahren wurde die SVP ausgelacht, als sie sagte, die Gemeinde laufe dem finanziellen Ruin entgegen.

Walter Dubler, Gemeindeammann: Herr Gallati, Sie habe vorher die Budgetsitzung vor 2 Jahren angesprochen. Damals war der Sitznachbar von Urs Stäger, Peter Wiederkehr, Präsident der Fiko – ein Mann der SVP. Der Zufall will es, dass ich den Artikel des Wohler Anzeigers hier habe mit einem Bericht zum Finanzplan. Da steht geschrieben: *„Die finanzielle Situation der Gemeinde Wohlen sieht nicht rosig aus. Zu diesem Zitat kommt Peter Wiederkehr, SVP. Der Präsident der Finanzkommission stützte damit die Meinung des Gemeinderates, der künftig eine gewisse Zurückhaltung fordert. Das sei zu pessimistisch, konterte hingegen die FDP. Wiederkehr nannte eine Steuerfusserhöhung oder den Leistungsabbau beim Wahlbedarf als Beispiele“*. Ich kann mich erinnern, als Peter Wiederkehr Fiko-Präsident war. Er hat damals gesagt, dass wir nicht mit einer Steuerfusserhöhung auf 110 %, sondern gleich auf 115 % kommen sollen. Er hat mir dies an einer Tagung auf dem Schloss Lenzburg gesagt. Ich habe ihm damals gesagt, dass er dies seinen Parteikollegen sagen solle. So etwas ist unglaublich. Wir hätten nie gewagt, eine solche Idee zu haben. Aber die kam damals von ihm.

Es geht mir auch so, wie Gemeinderat René Meier. Schauen wir dieses Jahr an. Als es um die Finanzierung der HPS ging, obwohl es sich um eine Vorfinanzierung handelte, ging dies mit nur einer Gegenstimme, nämlich diese von Matthias Jauslin, zukünftiger Gemeinderat, durch. Bei allen andern gab es keine Diskussion, obwohl der Gemeinderat Bedenken hatte. Ein anderes Beispiel, an dem sich die SVP labt, ist der behindertengerechte Aufgang in der Niedermatten. Irgendwann haben wir die Situation, dass der Anlage nicht geschaut wird und der FC Wohlen nicht mehr in dieser Spielklasse spielt – aber wir haben einen Lift. Dies ist jedoch wieder eine zusätzliche Ausgabe.

Es geht darum, dass Sie uns sagen: Wo! Wir haben dies heute diskutiert und ich muss Ihnen etwas sagen: Die Chance, dass die Regierung das Budget genehmigt, wie wir dies bringen, steht gut. Bringen wir einen Steuerfuss von 105 %, sagen sie „Ja“. Kommen wir mit einem höheren Steuerfuss, sagen sie auch „Ja“, da auch sie gewisse Probleme sehen und vor 2010 noch etwas gehen muss. Aber es ist wichtig, dass Sie uns sagen, wo Sie Einsparungsmöglichkeiten sehen. Das Votum der SP hilft uns weiter. Die Meinungen klaffen weit auseinander. Es ist wichtig, dass Sie uns vor allem beim Wahlbedarf sagen, was Sie einsparen wollen. Wollen wir z.B. das Skilager, welches sehr wertvoll ist, reduzieren? Das müssen wir hören. Wir möchten gerne die 174 Anträge hören und um welche Themen es dabei geht. Wir haben Zeit.

Thomas Unteregger, Freis Wohle: Mir gefällt der Umgangston heute Abend nicht, obwohl wir sehr gut begonnen haben. Nun wurde es in Bezug auf Qualität oder Lautstärke wieder etwas hektisch.

Ich versuche das Ganze etwas zusammenzufassen. Wir waren uns alle einig und das möchte ich gegenüber dem Gemeinderat so kundtun: Es muss etwas geschehen, wir können keinen Umweg machen, sondern wir müssen sparen. Wir alle haben das Budget angeschaut und wir möchten das Budget zurückweisen. Es heisst jedoch nicht, dass wir nicht bereit sind, mitzuhelfen. Wir sind einfach der Meinung – so habe ich das vorhin empfunden – dass wir den Ressortvorstehern, den Fachpersonen, die Gelegenheit geben müssen, das Budget zu überarbeiten. Wir sehen momentan zuwenig Zeichen, dass wir auch sparen wollen – nicht nur bei den Einnahmen, sondern auch bei den Ausgaben. Nun ein kurzer Ausblick auf den Finanzplan. Da müssen zukünftig Einsparungen vorgenommen werden. Wir haben ein schönes Sportzentrum und Bünz matt III. Aber wenn ich auf die letzten 2 Jahre zurückschaue, kommen wir da nicht drum herum, unseren Standard herunter zu setzen.

Bruno Bertschi, SVP Wohlen-Anglikon: Wir sind bereit, diese 174 Punkte zu diskutieren. Ich muss Ihnen jedoch sagen, dass es auch uns hier im Saal wehtun wird. Wir würden beantragen, dass wir das Salär des Gemeinderates linear um 25 % kürzen würden. Was machen Sie dann? Denn dieser Beschluss basiert auf einer Volksabstimmung, auf einem Reglement. Das Skilager und das Ski-weekend für Skileiter wird gestrichen. Wenn wir dies durchziehen, tut es allen weh. Dann gibt es keine Sitzungsgelder und keine Reise- und Konsumationsspesen mehr. Dafür können wir Fr. 1.3 Mio. einsparen. Der VJF bekommt dann nicht mehr Fr. 180'000.00, sondern nur noch Fr. 100'000.00. Es wird nicht nur dort gespart, wo es gewissen passt und anderen nicht. Wir sind bereit!

René Meier, Gemeinderat: Nun wird es interessant. Nun beginnt es mir, Spass zu machen. Das Gemeinderatssalär um 25 % kürzen – Herr Bertschi, ich bin dabei, denn ich bin im nächsten Jahr nicht mehr dabei. Aber dies ist nur 1 Punkt. Sie sagen, dass auch das Skilager daran glauben muss. Genau dies wollen wir hören. Sind dies wirklich Sparmassnahmen, welche die anderen Parteien mittragen? Ich möchte dies hören. Dazu sind wir hier. Wir haben erst 3 Vorschläge von Bruno Bertschi erhalten. Geben wir doch den Damen und Herren der SVP die Chance, ihre Ideen vorzutragen. Wenn Urs Stäger sagt, dass der Gemeinderat die Tendenzen nicht erkannt hat, muss ich ihm widersprechen. Der Gemeinderat hat die Tendenzen erkannt. Sie haben sie nicht erkannt. Im letzten Jahr haben Sie eine Steuerfussreduktion auf 99 % verlangt. Genau dies ist der Anlass, warum wir zu dieser Rückweisung „Nein“ sagen. Wir sind hier und wir wollen arbeiten. Wenn die Zeit heute nicht reicht, kommen wir morgen nochmals. Nun können Sie Einfluss nehmen. Nehmen Sie Einfluss, denn darum sind Sie Einwohnerrat. Dazu wurden Sie von den Damen und Herren auf der Tribüne gewählt und nicht, um sich zu verweigern.

Peter Tanner, SVP: Betr. Lob für den Gemeinderat durch Louis Bucher: Da sehe ich im Protokoll der betreffenden Sitzung nichts. Es kann durchaus sein, dass dies gesagt wurde, im Protokoll ist es jedoch nicht enthalten.

Walter Dubler war als Einwohnerrat bekannt, Giftpfeile abzuschliessen, ja sogar berüchtigt. Ich würde dies ändern nicht vorwerfen. Walter Dubler hat die HPS angetönt. Meiner Meinung nach wird dies praktisch zu 100 % refinanziert, natürlich zeitlich etwas aufgeschoben. Dies ist auch aus den Unterlagen ersichtlich.

Ich möchte noch kurz auf mein Votum, welches ich an der Sitzung der Jahresrechnung gehalten habe, zurückkommen. Vier Monate nach Verabschiedung von Jahresbericht und Rechnung 2005 stehen wir wieder mitten in einer epochalen Sitzung. Wie unsere Fraktionsgemeinschaft damals befürchtet hat, nahm man unsere Worte nicht ernst. Und darum wiederhole ich gewisse Ausführungen noch einmal.

Arthur Fischer, Präsident: Es geht um die Rückweisung. Ich möchte keine Wiederholungen!

Peter Tanner, SVP: Einführungen und Einleitungen seien auch mir gegönnt.

Wenn es um anvertraute Gelder wie Steuergelder geht, ist besondere Sorgfalt angebracht. Von Schaumschlägerei kann nicht gesprochen werden. Wer viel Steuern bezahlt, überlegt es sich gut, ob er nach Wohlen ziehen resp. von Wohlen wegziehen will. Dies ist Fact.

Über eines müssen wir uns jetzt schon im Klaren sein. Wer in diesem Saal auf ein schlussendliches Eingreifen des Aargauer Regierungsrates mit der Ansetzung des Steuerfusses auf 115–120 % ohne flankierende Massnahmen hofft, hofft vergeblich. Ich bin überzeugt, dass der Regierungsrat die schlechte Stimmung, das anstosserregende Gebaren und die ungenügenden Aktivitäten im Standortmarketing etc. mehr als nur zur Kenntnis genommen hat. 1993 musste der Regierungsrat schon einmal eingreifen, da wir Wohler nicht fähig waren, ein Budget zu beschliessen. Es ist schmachvoll und erniedrigend gewesen. Mit viel Goodwill kann jetzt trotzdem gesagt

werden „Einmal ist keinmal“. Dies schliesst jedoch eine erneute Fremdbestimmung aus Aarau kategorisch aus. Eine erneute Fremdbestimmung lässt Hohn und Spott auf die Freiamter Metro-pole prasseln und muss zwingend vermieden werden. Es liegt in aller erster Linie an Ihnen, ge-schätzte Gemeinderatsmitglieder, nicht am Parlament und nicht am Volk. Ich bitte Sie in aller Form und Höflichkeit, wenigstens heute meine Worte ernst zu nehmen.

Auf das hinaus läuft es nämlich, was ich zum Schluss gesagt habe. Wenn René Meier in typischer Manier – er macht dies ja immer sehr gut – unsere Sparvorschläge und andere Sachen einford-ert, läuft es darauf hinaus, dass es ein Diktat sein soll. Ich bin mir schon jetzt im Klaren, dass wir hier praktisch bei jedem Antrag verlieren werden. Aber dann laufen Sie in Gefahr, bei der Volks-abstimmung ein „Nein“ zu bekommen. Dann wurde der Ball ins Rollen gebracht. Schlussendlich kommt es wieder so weit, dass die Aarauer uns sagen müssen, was beim Budget Sache ist. Genau dies möchte ich vermeiden oder ersparen. Ziehen Sie das Budget zurück und überarbeiten Sie es selber. Fordern Sie uns nicht heraus, verlangen Sie es nicht.

Ich appelliere an meine Kolleginnen und Kollegen, dem Antrag auf Rückweisung zuzustimmen.

Ruedi Donat, CVP-CSP: Ich möchte Sie bitten, diese persönlichen Abrechnungen zu unterlassen. Ich bin einer von den 3 Mitgliedern der CVP, welche hierher gekommen sind, um zu arbeiten. Ich möchte, dass nun abgestimmt wird und wir weiterfahren können.

Alain Thiébaud, FDP: Ich bin nicht der Ansicht, dass der Rückweisungsantrag eine Arbeitsver-weigerung des Parlamentes darstellt. Wir sind bereit ein Budget mit Nägel und Köpfen zu ma-chen. Wir können das aber nur dann, wenn wir eine gewisse Basis haben, damit wir danach die Feinheiten erarbeiten können. Wir können nicht die gesamte Arbeit machen. Aber wir sind be-reit, dies an der nächsten Einwohnerratssitzung so zu bewerkstelligen.

Walter Dubler, Gemeindeammann: Wenn Sie den Weg fahren, den wir Ihnen vorschlagen, kann das Volk am 26. November 2006 über ein Budget mit 105 % abstimmen. Wir haben bestätigt, dass das, was die Fiko und die SP sagen, rein finanziell betrachtet, das Richtige ist. Das ist kein Zweifel. Wenn Sie dies jedoch zurückweisen und wir eine Lagebeurteilung vorgenommen haben – natürlich nach einer Überprüfung einzelner Positionen – wird der Steuerfuss tatsächlich zum Thema. Dass dieser kommen wird, müssen Sie wissen. Dann hat das Volk bei der Budgetabstim-mung – wann immer diese sein wird – über einen höheren Steuerfuss abzustimmen.

René Meier, Gemeinderat: Herr Tanner, ich war selten mit Ihnen einig und ein Kompliment habe ich von Ihnen noch nie bekommen. Dies ist neu heute Abend. Wahrscheinlich hat die SVP etwas gut zu machen.

Ich bin mit Ihnen einig, wenn Sie sagen, dass es schlecht ist, wenn der Regierungsrat den Steuer-fuss der Gemeinde Wohlen festlegen muss. Der Gemeinderat wird beim nächsten Budget garanti-ert einen höheren Steuerfuss bringen müssen. Meine Damen und Herren der SVP, das kann doch nicht Ihr Wunsch sein. Diskutieren Sie das vorliegende Budget mit diesem Steuerfuss und stimmen Sie dem Rückweisungsantrag nicht zu. Ich weiss natürlich, dass Sie dies trotzdem ma-chen werden. Das ist heute Abend jedoch mein letzter Ratschlag.

Abstimmung über die Rückweisung

Dem Rückweisungsantrag der FDP, der gemeinderätliche Antrag sei zurückzuweisen, wird mit 35 Ja- und 4 Nein-Stimmen zugestimmt.

Arthur Fischer, Präsident: Damit unterbrechen wir die Budgetdebatte. Nach Rücksprache mit dem Gemeinderat, werden wir Sie darüber informieren, wann wir wieder über das Budget debattieren. Der Gemeinderat und die Finanzkommission sind nun gefordert und haben den Auftrag, eine gute Basis zu erarbeiten. Wir werden Sie wieder informieren.

Für das Protokoll

Arthur Fischer, Präsident

Daniela Betschart, Gemeindeschreiber-Stv.